

Interpellation betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen

Gestützt auf Art. 36 der Geschäftsordnung des Landtages reichen die unterzeichneten Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei eine Interpellation betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen ein und stellen folgende Fragen an die Regierung:

- 1) Mit welchen Massnahmen will die Regierung die durch den Copenhagen Accord zugesagten Reduktionsziele von Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent oder gar um 30 Prozent unter das Niveau von 1990 senken?
- 2) Im vorangegangenen Kyoto Protokoll wurden von Liechtenstein ein Reduktionsziel von 8 % des Niveaus von 1990 gesetzt. Dieser soll im Zeitraum von 2008 bis 2012 erreicht werden. Wurde dieses Ziel bereits erreicht und wenn ja mit welchen Massnahmen?
- 3) Mit welchen zusätzlichen Kosten für Land, Gemeinden und private Haushalte rechnet die Regierung, um die angestrebten Reduktionsziele von Treibhausgasemissionen bis 2020 zu erreichen?
- 4) Wird durch die Massnahmen unsere lokale Wirtschaft beeinträchtigt und wenn ja in welcher Form?
- 5) Gibt es von anderen Staaten bereits vergleichbare Zielsetzungen? Wenn ja, von welchen Staaten liegen solche vor und welche Zielsetzungen definierten diese Staaten? Ist bereits bekannt mit welchen Massnahmen andere Länder diese Ziele erreichen wollen?

Begründung:

Im Anschluss an die Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Klimakonvention in Dänemark legte die Regierung die Vorgaben zur Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 fest. Grund dazu bot der Copenhagen Accord, in

welchem die Vertragsstaaten aufgefordert werden, ihre Reduktionsziele bis zum Jahr 2020 beim Klimasekretariat einzureichen.

Im Copenhagen Accord werden verschiedene Eckpunkte für die Verhandlungen bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2010 in Mexiko aufgeführt. Darin wird die globale Bedrohung durch den Klimawandel anerkannt und eine maximale Erwärmung der Erdatmosphäre um 2 Grad Celsius als gemeinschaftliches Ziel festgelegt.

Die liechtensteinische Regierung hat beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Sollten andere Staaten im Rahmen eines verbindlichen Klimaabkommens vergleichbare Zugeständnisse machen, so werde gemäss Regierung das Ziel auf bis zu 30 Prozent erhöht.

Vaduz, 11. Februar 2010



[Handwritten signature]
M. Kien
M. Kien
A. Galt
[Handwritten signature]



[Handwritten signature]
Z. Wollweid
J. Frommelt
Zalmer²